



Klima- gerechtigkeit

Warum der Norden besonders gefordert ist

Auswirkungen des
Klimawandels
S. 8

Netto-Null bis
spätestens 2040
S. 13



FASTENOPFER

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Zehn Jahre nach der ersten Weltklimakonferenz 1979, an der die dort anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits vor der rasanten globalen Erwärmung warnten, die heute im Gang ist, thematisierte die Ökumenische Kampagne zum ersten Mal den Klimawandel. Bereits 1989 sprachen wir von einer Katastrophe für die Menschheit, die sich anbahne und die vor allem für die ärmsten Länder der Erde schlimme Folgen haben werde.

Seitdem ist es trotz allen Debatten, Berichten, Konferenzen und Beschlüssen nicht gelungen, den weltweiten CO₂-Ausstoss zu senken. Entsprechend werden die Klimaschäden bei unseren Partnerorganisationen im Süden von Jahr zu Jahr grösser.

Doch wir möchten nicht nur von Gefahren, sondern auch von Lösungen sprechen. In der vorliegenden Ausgabe von «Perspektiven» erfahren Sie, wie wir unsere Partner im globalen Süden unterstützen, um ihr Überleben in Zeiten des Klimawandels zu sichern. Und wie wir uns in der Schweiz engagieren, damit wir möglichst schnell zu einem klimaneutralen Land werden.

Vielen Dank für Ihre Solidarität und Ihre Unterstützung – gerade in dieser für alle schwierigen Pandemie-Zeit.



Bernd Nilles
Geschäftsleiter *Fastenopfer*

Bernard DuPasquier
Geschäftsleiter *Brot für alle*

Politikum

5 Juristische Interventionen

Südsicht

6 Selbstversorgung trotz Covid-19

Im Wandel

7 Wo der Grüne Guggel kräht

Dossier

8 Klimagerechtigkeit beginnt im Norden

15 Forderungen zur Klimagerechtigkeit

16 Die Natur ist wie eine Familie

Impressum

Herausgeber: Fastenopfer
 Chefredaktion: Gabriela Neuhaus (gn)
 Redaktion: Colette Kalt (ck), Tiziana Conti (tc), Katia Guerra (kg), Daniel Tillmanns (dt)
 Korrektorat: 1-2-fehlerfrei
 Gestaltung und Realisation: Crafft AG, Zürich
 Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Pfäffikon
 Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
 Auflage: 41 121 DE, 6722 FR, 3139 IT
 Erscheinung: Viermal jährlich
 Preis: CHF 5.– pro Spender/in werden für das Abonnement verwendet
 Kontakt: mail@fastenopfer.ch, 041 227 59 59



Das neue Kampagnensujet weist auf die Schattenseiten unseres Verhaltens hin.

Klimagerechtigkeit – jetzt!

Die am stärksten betroffenen Länder haben am wenigsten zur Klimaerwärmung beigetragen. Höchste Zeit, dass die Hauptverursachenden Verantwortung übernehmen.

«Bei uns wechseln sich in einem immer schnelleren Rhythmus extreme Trockenheit mit sturzflutartigen Taifunen ab», sagt Bembet Madrid. Sie koordiniert auf den Philippinen das Landesprogramm von *Fastenopfer*. Auch Projektpartnerinnen und -partner von *Brot für alle* berichten von ähnlichen, durch die Klimaerwärmung bedingten Auswirkungen.

In Kenia verdorren Felder, Konflikte um Weideland nehmen zu. Der ansteigende Meeresspiegel in Indonesien überflutet Felder, vernichtet Ernten und zerstört Häuser.

Petition an die Schweizerische Nationalbank

Auch die Schweiz trägt viel zur Klimaerwärmung bei: Zu den inländischen Emissionen von 47 Millionen Tonnen CO₂ kommen rund 22 Mal mehr CO₂-Emissionen hinzu, die über den Schweizer Finanzplatz gesteuert werden. Allein die Schweizerische Nationalbank (SNB) treibt mit ihrem Aktienanteil an Kohle-, Erdgas- und Erdölunternehmen von rund sechs Mil-

liarden Schweizer Franken den CO₂-Ausstoss um 43,3 Millionen Tonnen pro Jahr in die Höhe.

Mit einer Unterschriftensammlung wollen *Fastenopfer* und *Brot für alle* die SNB zum Umdenken bewegen: Alle Anteile an Unternehmen, die an Förderung, Handel und Verarbeitung fossiler Energieträger beteiligt sind, sollen abgestossen werden. Jede Unterschrift zählt. Weitere Informationen und Unterschriftenbögen: www.sehen-und-handeln.ch/SNB.

Was können wir ändern?

Was wir in der Schweiz tun, hat Folgen im globalen Süden. Das zeigt sich nicht nur in der Wirtschaft. Die Entwicklungsorganisationen machen auf www.klimagerechtigkeit-jetzt.ch während der Ökumenischen Kampagne die Stimmen der Menschen im Süden hörbar und zeigen, welche Folgen unser Konsum hat. So braucht es etwa für übermässigen Fleischkonsum Futtermittel und Weideflächen, dafür wird Regenwald gerodet, was zu massiven Klimaveränderungen führt. — *Madlaina Lippuner*

So können Sie sich an der Ökumenischen Kampagne beteiligen

Schreiben Sie Klimageschichte

In diesem Jahr begleitet Sie der Fastenkalender in Form eines Drehbuchs durch die Fastenzeit. Die Entwicklungsorganisationen führen Sie an Orte, an denen Klimageschichte geschrieben wird. Das Ende ist noch offen, machen auch Sie mit! Fragen Sie bei Ihrer Kirchgemeinde oder Pfarrei nach dem Kalender.



Rosen und Schokolade schenken

Am Samstag 20. März 2021 verkaufen Freiwillige aus Pfarreien und Kirchgemeinden in der ganzen Schweiz Fairtrade-Rosen und -Schokolade für fünf Franken. Der Erlös fliesst in Projekte von *Brot für alle*, *Fastenopfer* und *Partner sein*. Mit der Rosen-App können Sie bereits jetzt digitale Rosen verschenken: www.give-a-rose.ch



Brot kaufen

Kaufen Sie ein «Brot zum Teilen» in einer von über 600 Bäckereien und Konditoreien. Von jedem verkauften Brot fliessen 50 Rappen in die Projektarbeit. Verkaufsorte finden Sie auf: www.sehen-und-handeln.ch/brot



Fasten

Ein freiwilliger Verzicht, der anregt, über eine gerechtere Welt nachzudenken, vielleicht sogar über alternative Wirtschaftsformen. Oft zeigt sich, dass auch ein genügsames Leben Freude machen kann. Gedanken, die das Wohl von anderen berücksichtigen, können sehr wertvoll sein: www.sehen-und-handeln.ch/fasten

Weitere Anlässe und Infos zur Ökumenischen Kampagne auf: www.sehen-und-handeln.ch

3,4 Mrd.

Menschen leben unter der Armutsgrenze. Durch die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen wird gemäss UNO die Zahl der als extrem arm geltenden Menschen um 20% ansteigen.

Philippinen

Nothilfe für die Opfer der Wirbelstürme

In der Nacht vom 12. November traf der Wirbelsturm Vamco im Norden der Philippinen auf Land. Es war der fünfte Wirbelsturm innerhalb eines Monats. Innert weniger Stunden wurden mindestens 73 Menschen getötet, gegen 400 000 Menschen wurden im Vorfeld evakuiert. Drei Projektpartner in der Prälatur Infanta wurden hart getroffen. *Fastenopfer* unterstützt ein gemeinsames Nothilfeprojekt. 350 Haushalte erhalten Saatgut und Pflanzmaterial, 500 Familien erhalten Material für die Reparatur ihrer Häuser und es wird eine Ausbildung zum Disaster Risk Management organisiert.

«Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist.»

Papst Franziskus, *Laudato si'*



Laos

Weniger Honig

In Laos unterstützt die Partnerorganisation AESBO die Menschen bei der Haltung von Bienen und der Produktion von Honig. 2019 war jedoch ein schlechtes Jahr für die Imker/innen, die anhaltende Trockenheit hatte negative Auswirkung auf die Honigproduktion. Die Flora konnte nicht genügend Nektar produzieren. Die Klimaerwärmung hat auch negative Konsequenzen für die Imkerei. 2020 brachte mehr Regen und die Imker/innen konnten von 2921 Völkern fast acht Tonnen Honig ernten, knapp 3 Kilo pro Volk. Zum Vergleich; in der Schweiz wurde 2020 pro Volk 30 Kilo Honig geerntet.

Weltweit

Gemeinsame Stärke nutzen

Mit fünf weiteren Organisationen hat *Fastenopfer* sich zur grössten, von der Deza bewilligten Allianz SUFOSEC (Alliance for Sustainable Food Systems and Empowered Communities) zusammengeschlossen. Sie wollen die Antwort der Schweizer Zivilgesellschaft auf die globale Ernährungs Krise sein. Durch gemeinsames Wissen und die Nutzung von Synergien soll das Leben der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nachhaltig verbessert werden.



Goodnews

Zwiebelhandel dank eigenem Land

Die Partnerorganisation ADIF setzt sich dafür ein, dass Frauen Zugang zu eigenem Land erhalten. Eine von ihnen ist Madame Badini. Heute besitzt sie ein 0,5 Hektar grosses Landstück und baut darauf Zwiebeln an. Doch bis dahin war es ein weiter Weg. Denn in Burkina Faso «leihen» die Ehemänner das Land ihren Frauen aus. Ihre Lebensumstände bleiben unsicher. Madame Badini aber hat ihr Ziel erreicht. Sie pflanzt Zwiebeln an und hat einen Handel aufgezogen. Sie will auch ein Beispiel für junge Frauen sein und ist stolz, dass der *Fastenopfer*-Partner sie auf ihrem Weg unterstützt hat.



Juristische Interventionen

Klagen mit politischer Wirkung

Manchmal müssen Richterinnen und Richter dort Recht sprechen, wo die Politik versagt. Aber auch wenn der Erfolg im Gerichtssaal ausbleibt, können mit juristischen Interventionen längerfristige Veränderungen erzielt werden.

Die Erfahrungen der indonesischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Walhi zeigen ausserdem: Juristische Interventionen haben nur dann die gewünschte Wirkung, wenn sich die betroffenen Menschen gleichzeitig mit langdauernden Protestaktionen wehren.

Wie würden Sie reagieren, wenn Ihr Garten wegen eines Lecks im Tank Ihrer Nachbarin verunreinigt würde? Sofern niemand den Schaden rückgängig macht, täten Sie gut daran, sich eine Anwältin oder einen Anwalt zu nehmen, um Ihr Recht vor Gericht einzufordern.

Das ist nichts Neues, dazu sind Gerichte da. So sehen es auch verschiedene Partnerorganisationen von *Brot für alle* im globalen Süden, die seit Jahren juristische Wege nutzen, um grundlegende Rechte einzufordern. So etwa die Umwelt- und Menschenrechtsbewegung Walhi in Indonesien.

1988 verklagte Walhi erstmals den Staat wegen einer Papierfabrik auf Sumatra, die Wasser und Luft verschmutzte, was zu vielen Todesfällen führte. Obwohl Walhi den Gerichtsprozess verlor, demonstrierte die betroffene Bevölkerung trotz Polizeirepression hartnäckig weiter, immer wieder gab es Verletzte und Tote. Mehr als zehn Jahre nach Einreichen der Klage wurde die Papierfabrik 1999 auf Anordnung des damaligen Umweltministers mit der Begründung geschlossen, sie verschmutze nachweislich die Umwelt und gefährde Menschenleben. 2002 wurde die Fabrik erneut eröffnet und erst nach monatelangen Protesten schliesslich endgültig geschlossen.

Prozesse oft erfolgreich

«Der Prozess von 1988 ist ein Meilenstein, durch den Walhis rechtliche Stellung als Umweltorganisation anerkannt wurde», sagt die Vizedirektorin der Organisation Khalisah Khalid. «Der Gerichtssaal ist seitdem zu einem Ort geworden, wo Menschen und Organisationen im Kampf für ökologische und soziale Gerechtigkeit Zeugnis ablegen.»

Oft waren die Gerichtsverfahren, die Walhi in den letzten dreissig Jahren gegen eine Reihe von Firmen und Behörden angestrengt hat, von Erfolg gekrönt. Ende 2019 beispielsweise entschied das oberste Verfassungsgericht Indonesiens, dass geschützter Wald nicht mehr in Plantagen umgewandelt werden dürfe.

Klagen gegen Klimawandel?

Walhi setzt sich auch für Gemeinschaften ein, die direkt von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Da politisch jedoch nach wie vor zu wenig konkrete Massnahmen gegen den Klimawandel unternommen werden, prüft die Organisation jetzt, ob auch in diesem Bereich juristische Wege möglich wären.

Andere Akteurinnen und Akteure tun dies bereits: In den Niederlanden reichte beispielsweise der Verein Vedanta eine Klage gegen den Staat ein, weil dieser durch das Unterlassen politischer Massnahmen gegen den Klimawandel die Menschenrechte verletze. Im Dezember 2019 erhielt Vedanta vor dem höchsten niederländischen Gericht Recht. Es verurteilte den Staat dazu, umgehend etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Die niederländische Regierung erliess daraufhin im Frühling 2020 ein umfassendes Massnahmenpaket.

Dies zeigt, dass neben Kampagnen und politischen Aktionen auch juristische Interventionen helfen können, ein Ziel zu erreichen.



Nina Burri ist Rechtsanwältin und bei *Brot für alle* für den Fachbereich Unternehmen & Menschenrechte zuständig.

Miges Baumann betreut bei *Brot für alle* den Bereich Entwicklungspolitik.



Stellamaris Mulaeh ist Koordinatorin der *Fastenopfer*-Programme in Kenia

«Trotz Covid-19 konnten sich die Bäuerinnen selbst versorgen»

«Wenigstens auf unsere Bäuerinnen und Bauern hat Covid-19 bis jetzt keine grossen Auswirkungen gehabt, weil sie in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. Sie betreiben biodynamische Gemüsegärten, oft auch unter Bäumen, sogenannte Waldgärten, aus denen sie nahrhaftes Gemüse und Obst ernten, das sie auch mit andern teilen. Wir sind in acht Distrikten tätig und unterstützen mit Hilfe von *Fastenopfer* die Bäuerinnen und Bauern dabei, durch Agrarökologie Ernährungssicherheit zu erreichen. Das Interessante an der Agrarökologie ist, dass es sich um eine alternative Form der Landwirtschaft handelt, die sowohl ökologische, soziokulturelle, wirtschaftliche als auch politische Dimensionen berücksichtigt.

Als Covid-19 im März 2020 in Kenia ausbrach, zu einer Zeit, in der die Bäuerinnen und Bauern sich normalerweise darauf vorbereiten, die Regenfälle von März bis Mai fruchtbar zu nutzen, verfügten die Teilnehmenden des agrarökologischen Programms in jeder der 21 Baumschulen über rund 15 000 Baumsetzlinge und 50 000 Fruchtsetzlinge. Wir mussten schnell handeln, weil die Setzlinge nicht warten konnten; sie mussten verteilt und eingepflanzt werden. Also setzten wir uns mit den Dorfältesten und den Führungspersonen zusammen, um mit ihnen eine Strategie auszuarbeiten, wie diese Setzlinge noch verteilt werden konnten. Mit Unterstützung der lokalen Verwaltung fanden wir Wege, um in den Baumschulen sicher zu arbeiten. Handwaschanlagen wurden eingerichtet und ein Plan erstellt, damit die Setzlinge für die Verantwortlichen der

241 Agrarökologie-Gruppen bereit lagen. Um die physische Distanz einzuhalten, entwickelten wir eine Methode, bei der jeweils drei Bäuerinnen und Bauern gleichzeitig vor Ort sein konnten.

Wir arbeiten auch in Schulen, wo wir den Schülerinnen und Schülern beibringen, wie man Waldgärten und biologisch-dynamische Gemüsegärten anlegt. Letztes Jahr planten wir, mit 18 Schulen zu arbeiten, aber wegen Covid-19 mussten wir die Initiative vorläufig stoppen. Die Covid-19-Krise hat auch die Friedensförderungsprogramme, in denen Mitglieder von Gemeinschaften zum «Dialog über die Nutzung ihrer Ressourcen» zusammenkommen, enorm beeinträchtigt. An diesen Programmen nehmen etwa 200 Personen teil, die sich mindestens einmal alle drei Monate treffen, um über konfliktreiche Themen wie etwa die Nutzung von Wasser und Weideland zu diskutieren. Die Pandemie hat auch Auswirkungen auf die Aktivitäten der 69 Spargruppen, da deren Arbeitsweise es erfordert, dass sich die 15 Mitglieder jeder Gruppe jeweils physisch treffen. Dann werden die Beiträge in die gemeinsame Kasse einbezahlt und Kredite vergeben. Das Versammlungsverbot macht es für die Mitglieder unserer Spargruppen unmöglich, sich physisch zu treffen. Damit sie dennoch funktionsfähig bleiben, haben wir Mobiltelefone zur Verfügung gestellt, um so den Verantwortlichen der Gruppen wenigstens die Vergabe von zinsfreien Krediten zu ermöglichen.»

30,5%

der Haushalte in Kenia konnten bereits zu Beginn der Corona-Krise ihre Miete nicht mehr bezahlen.

20–100

Franken müssen Menschen, die in staatlich verordnete Quarantäne geschickt werden, für die Übernachtung bezahlen.

36%

der Kenianerinnen und Kenianer leben in Armut und müssen mit weniger als 2 Franken pro Tag auskommen.

«Nicht nur mahnen – selber handeln»

Immer mehr Kirchgemeinden und Pfarreien wollen den «Grünen Güggel». Zwei Beispiele aus dem Kanton Zürich.

Vor zwei Jahren musste die reformierte Kirchgemeinde Dietlikon Entscheide zur Heizungsanierung ihrer Liegenschaften fällen. Mit grossem Mehr sprach sich die Kirchgemeindeversammlung dafür aus, in eine Wärmepumpe mit Erdsonden zu investieren und die alte Ölheizung durch ein klimaneutrales, nachhaltiges Heizsystem zu ersetzen. «Damit haben wir die CO₂-Zielsetzung für den Grünen Güggel schon fast erfüllt», freut sich Monica Müller, Kirchenpflegerin und Synodalrätin aus Dietlikon. Die Landschaftsarchitektin setzt sich bereits seit der Kirchensanierung 1992 erfolgreich für eine naturnahe Umgebungsgestaltung auf dem Areal ein – ein weiterer wichtiger Punkt auf dem Weg zum Umweltlabel.

Zurzeit besuchen sie und Wiesław Pulit, Sigrüst der reformierten Kirchgemeinde Dietlikon, den vom Verein oeku angebotenen Kurs «Kirchliches Umweltmanagement», um den offiziellen Prozess der Zertifizierung in die Wege zu leiten. «Damit können wir Nägel mit Köpfen machen und schaffen in unserer Kirchgemeinde die Basis für andauernde Nachhaltigkeit», fasst Monica Müller den Nutzen des Labels zusammen. Wichtig sei aber auch, dass der Grüne Güggel nicht nur innerhalb der Kirchgemeinde krähe. Sie freut sich deshalb, dass die Synode der Reformierten Kirche Zürich in ihren Legislaturzielen 2020–2024 den Prozessanstoss zur Zertifizierung sämtlicher reformierten Kirchgemeinden im Kanton sowie die Zertifizierung für sich selbst anstrebt.

Ganzheitlicher Ansatz

Schon einige Schritte weiter auf diesem Weg ist die katholische Kirchgemeinde Greifensee-Uster-Volketswil. Läuft alles nach Plan, kann sie den Grünen Güggel im Herbst 2021 entgegennehmen. 2019 hatte die Kirchenpflege mit der Einsetzung einer Umweltkommission den Zertifizierungsprozess angestossen.

«Die Idee dafür ist über die Jahre gereift – in der Kirchenpflege, mit Anregungen durch



Das Umweltmanagementsystem «Grüner Güggel» hilft Kirchgemeinden bei der Verbesserung ihrer Umweltleistung und soll auch über die Gemeindegrenzen hinaus motivieren.

die Kantonalkirche und in persönlichen Netzwerken vor Ort», sagt Johannes Bühler, der die Kommission leitet. Für die zweitgrösste katholische Kirchgemeinde des Kantons Zürich ist der Prozess eine Herausforderung: Die Interessen und Kulturen der drei unterschiedlichen Pfarreien müssen aufeinander abgestimmt werden. Investitionen in energetische Verbesserungen sind oft kostspielig und bedürfen einer langfristigen Planung. Kurzfristig konnten verschiedene kleine Massnahmen bereits umgesetzt werden, wie etwa die Isolation einer Heizleitung in Greifensee oder das Abdichten von Fensterscheiben. «Dank der Unterstützung durch den Verein oeku können wir unser Umweltmanagement gezielt und effizient aufbauen», umreisst Bühler den Nutzen des Zertifizierungsprozesses.

Nebst dem technischen Umweltmanagement greifen die Kirchgemeinden zur Erlangung des Güggel-Labels das Thema Nachhaltigkeit auch spirituell auf, etwa in Gottesdiensten oder Bildungsveranstaltungen. Die Erhaltung der Schöpfung sei für die Kirchen ein zentrales Thema, sagt Johannes Bühler. Dabei gelte

auch für sie die Devise: «Nicht nur mahnen – selber handeln.» In Uster sei der Grüne Güggel Teil einer breiteren Bewegung, zu der auch der ökumenische Öko-Treff und die von der Stadt Uster angestrebte Zertifizierung zur «Fair Trade Town» gehören. — Gabriela Neuhaus

Der Grüne Güggel

Das Umweltmanagementsystem «Grüner Güggel» hilft Kirchgemeinden und kirchlichen Institutionen, ihren ökologischen Fussabdruck zu erfassen und zu reduzieren.

Ende 2020 verfügten in der Schweiz 24 Kirchen über ein zertifiziertes Umweltmanagement, rund 20 weitere sind auf dem Weg zum «Grünen Güggel». – Interessiert? Alle Informationen über Kurse und Begleitung auf dem Weg zum «Grünen Güggel» unter www.oeku.ch

Klimagerechtigkeit beginnt im Norden

Die Menschen der wohlhabenden Länder sind die Verursacher und Verursacherinnen der Klimakrise. Bedroht davon sind die Menschen im globalen Süden. Wollen wir Klimagerechtigkeit erreichen, müssen wir jetzt handeln.





Foto: UNDP Somalia / Mark Natrafin

Wir leben weit über das hinaus, was unsere planetaren Grenzen hergeben. Deshalb braucht es einen Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, aber auch auf der individuellen Ebene. Die Bewahrung der Schöpfung ist nur möglich, wenn wir – als Gesellschaft, aber auch als Individuen – unseren Lebensstil ändern, genügsamer leben, Grenzen setzen und diese auch respektieren. Genügsamkeit ist eine Lebenshaltung, die Freiheit nicht im Überfluss, sondern in der Unterscheidung von Bedarf (Notwendiges) und Bedürfnis (Wunsch, Sehnsucht) sieht. Vor allem, um auch nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Erde zu übergeben. Genügsamkeit, Suffizienz und Umkehr sind dabei wichtige Elemente und wesentlicher Teil des Wandels, der auch in der biblischen Tradition häufig vorkommt. Aus diesen Gründen widmet sich die Ökumenische Kampagne 2021 dem Thema «Klimagerechtigkeit». Sie schliesst an die Kampagnen von 1989 «Die Zeit drängt», 2009 «Weil das Recht auf Nahrung ein gutes Klima braucht» und 2015 «Weniger für uns. Genug für alle» an. Alle diese Kampagnen machten auf die wachsende Gefahr durch die Klimaveränderung aufmerksam. Denn eines ist gewiss: Machen wir so weiter wie bisher und tragen der Erde keine Sorge, zerstören wir die Grundlage unseres Lebens.

Bedroht dadurch sind vor allem die Menschen des globalen Südens. Die Frage der Gerechtigkeit wird daher auch stark aus dem Süden gestellt und fordert insbesondere die Menschen in wohlhabenden Ländern – die Verursacherinnen und Verursacher der Klimakrise – heraus, ihren Lebensstil und ihr Wirtschaften zu ändern.

Eindrücklich bleibt das Frühjahr 2020 in Erinnerung, als die globale Wirtschaft quasi stillstand. Am 7. April lag der globale CO₂-Ausstoss knapp 17 Prozent unter dem eines durchschnittlichen Tages vom Vorjahr. In der Schweiz betrug der Rückgang an CO₂-Emissionen in dieser Zeit sogar 28 Prozent.

Ein jährlicher Rückgang der Emissionen um 7,5 Prozent bis 2030 wird im UN GAP Report 2019 als notwendig ausgewiesen, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. Mit anderen Worten: Jedes Jahr muss der CO₂-Ausstoss um dieselbe Menge reduziert werden, wie zu jener Ausnahmezeit im Frühjahr, als die Wirtschaft gezwungenermassen am Boden lag. Dies zeigt, wie dringend der Umbau der Wirtschaft ist, um effiziente Klimapolitik zu betreiben. Bedenkt man, dass ein Fünftel der Weltbevölkerung vor allem in den Industrieländern 80 Prozent des CO₂-Ausstosses verursacht, lässt sich leicht schlussfolgern, wo Reduktionen vorgenommen beziehungsweise Konsum und Produktion klimaneutral werden müssen. Ein Verzicht der Weltwirtschaft auf fossile Brennstoffe würde langfristig die Chance auf ein gutes und sicheres Leben sowie die Stärkung einer klimaneutralen und resilienten Wirtschaft ermöglichen. So kann Klimagerechtigkeit erreicht werden, von der die Ärmsten im globalen Süden, die am härtesten vom Klimawandel betroffen sind, profitieren würden. >

Internationale Klimapolitik – Chance oder Zeitverschwendung?

Die Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Dezember 2015 wurde weltweit als Meilenstein hin zu einer gerechteren Klimapolitik gefeiert. Ein weiterer Meilenstein der UN-Klimapolitik steht 2021 bevor: der Klimagipfel von Glasgow, der ursprünglich im November 2020 vorgesehen war. Bis dahin müssen alle Länder ihre Klimaambitionen vorgelegt haben. Dann wird auch klar sein, auf welchem CO₂-Reduktions- beziehungsweise Temperaturanstiegskurs wir uns befinden.

Soll Klimagerechtigkeit erreicht werden, müssen wir jetzt handeln. Denn eine Erderwärmung um ein Grad ist bereits seit 2020 Realität. Noch in diesem Jahrhundert werden sich, bei fortschreitendem CO₂-Ausstoss, die Natur und damit auch die Bedingungen für die Menschheit grundlegend verändern. Wetter und Temperatur-extreme drohen weite Teile der Erde unbewohnbar zu machen, Konflikte und Migration werden dadurch zunehmen.

Arme Länder, die wenig zur Klimaerwärmung beitragen, müssen bei den nötigen Anpassungen an den nicht mehr vermeidbaren Klimawandel finanziell unterstützt werden. Anpassung an den Klimawandel und Armutsreduktion bedeuten eine grosse Herausforderung. Entsprechend müssen Industrieländer die Mittel für die Klimafinanzierung deutlich steigern, sowohl für «Mitigation» als auch für «Adaptation». Dabei dürfen jedoch Entwicklungshilfegelder nicht in Klimagelder umgewandelt werden. Es müssen, so wie es die UN-Klimarahmenkonvention verlangt, zusätzliche Gelder für den Klimawandel bereitgestellt werden. Trotzdem will das Schweizer Parlament bis zu 400 Mio. CHF im Rahmenkredit für Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024 für Klimafinanzierung reservieren, ohne jedoch den Gesamtetat zu erhöhen.

Ganzheitliche Lösungen und ein langer Atem

Klimaziele lassen sich ohne einen radikalen Kurswechsel nicht erreichen: Ansonsten entstehen Paradoxien wie die gleichzeitige Zunahme sowohl von erneuerbaren Energien wie von CO₂-Ausstoss oder Massnahmen fürs Klima, die sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken. Verantwortlich dafür sind sogenannte «false solutions», die mit dem Versprechen angepriesen werden, die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Seien dies Batterien für Elektroautos, zu deren Herstellung Lithium und Kobalt verwendet werden, deren Abbau gravierende Umweltprobleme und Menschenrechtsverletzungen verursacht, oder der durch Wasserkraft produzierte Strom in Brasilien, durch den ganze Gemeinschaften ihre Lebensgrundlage verlieren, da sie den Staudämmen weichen müssen. Dringend nötig sind ganzheitliche Lösungen, die Wechselwirkungen zwischen Natursystemen und Sozialsystemen analysieren und gewährleisten. — *Colette Kalt*



Futtermangel in Kenia

«Der Klimawandel hat weitreichende Folgen für die Massai und ihre Tierhaltung. Mit der Dürre kommen die Probleme, denn der Viehbestand nimmt ab und die Tiere, die überleben, sind dann so mager, dass sie nicht mehr genügend Milch geben können. Das magere Vieh lässt sich auch nicht mehr gut auf dem Markt verkaufen. Doch das wäre wichtig, denn die Bäuerinnen und Bauern kaufen mit dem Erlös Nahrungsmittel. Diese Nahrungsmittel kosten viel, da sie von weither transportiert werden müssen. Wenn die Tiere aber zu Niedrigpreisen verkauft werden müssen, sinkt der Erlös der Bäuerinnen und Bauern. Auf der Suche nach Weideflächen ziehen die Familien mit den verbleibenden Tieren dann weiter und müssen teilweise so weit von ihrem angestammten Gebiet wegwandern, dass ihre Kinder die Schule nicht weiter besuchen können. Das ist sehr hart, für die ganze Familie.»

Ole Tomoi, Direktor der Partnerorganisation Dupoto-e-Maa, Kenia

Der Meeresspiegel steigt

«Seit meiner Kindheit ist das Meer meine Welt. Bereits mit meinem Vater ging ich fischen. Noch heute bin ich fast immer draussen auf dem Meer, bei meinem Fischkäfig. Ich schlafe sogar hier. Wenn ich etwas gefangen habe, rudere ich an Land, verkaufe meinen Fisch und besuche meine Familie.

Das Fischen ist bis heute mein einziger Lebensunterhalt. Die Klimaerwärmung hat vieles zum Schlechten verändert. Früher kam das Wasser bei Flut erst im Dezember in unser Haus. Doch jetzt wird das Haus schon im Oktober überschwemmt, ohne zusätzlichen Regen, denn der Meeresspiegel ist stark gestiegen. Zudem gibt es immer weniger Fische. Noch vor einigen Jahren habe ich mindestens fünf Kilo Fisch pro Tag fangen und verkaufen können. Heute muss ich mit zwei Kilo zufrieden sein. Meine Kinder mussten die Schule abbrechen, weil meine Einkünfte nicht mehr ausreichten und ich das Schulgeld nicht mehr bezahlen konnte.»

Norberto S. Cacho, Philippinen, Fischer



Illegale Abholzungen

Unter der gegenwärtigen Regierung werden in Brasilien sogar verbindliche Rechte nicht immer eingehalten. Für Sojafelder und Energieprojekte wird Regenwald abgeholzt. Das ist eine Katastrophe für das Klima, weil durch die massive Abholzung des Regenwaldes gebundenes CO₂ in die Atmosphäre gerät. Zudem werden dadurch Menschen von ihrem Land vertrieben. So auch die Bäuerin Rosi de Souza in Porte Velho im Bundesstaat Rondonia. Sie muss sich mit Protesten, Demonstrationen und auf dem Rechtsweg immer wieder gegen Brandrodungen und Vertreibungen wehren: «Zu meinem Grundstück gehört auch ein Stück Wald. Jeden Sommer beginnt der Kampf wieder aufs Neue, weil wir verhindern wollen, dass auch bei uns der Wald illegal abgeholzt wird. Bis jetzt haben wir es jedes Mal geschafft. Gott sei Dank, der Wald steht noch da. Das interessiert jedoch kaum jemanden. Aber wenn wir uns als Gruppe zusammentun, werden sich immer mehr Menschen anschliessen.»

Rosi de Souza, Kleinbäuerin, Brasilien

Website

Die Videos zu den drei Porträts finden sich auf unserer Website zum Thema Klimagerechtigkeit:

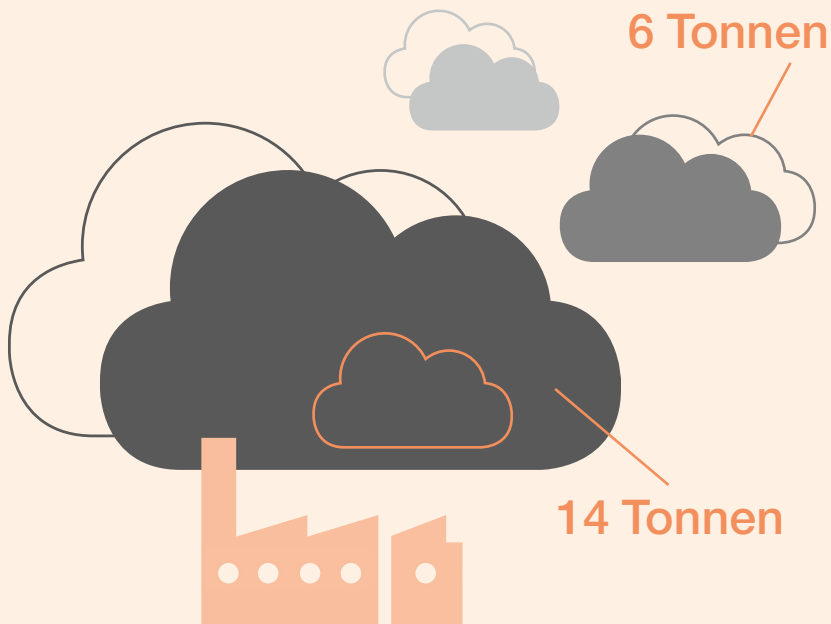
[klimagerechtigkeit-jetzt.ch](https://www.klimagerechtigkeit-jetzt.ch)

Die Website gibt Aufschluss über Zusammenhänge zwischen dem Konsum im globalen Norden und den Lebensbedingungen auf den Philippinen, in Kenia und anderswo und zeigt auf, welche Möglichkeiten wir in der Schweiz haben, etwas zu tun. Zudem bietet sie viele Tipps für mehr Nachhaltigkeit im Alltag sowie im politischen und wirtschaftlichen Leben.

Zahlen und Fakten

Die Schweiz ist Weltmeisterin beim Verbrauch von grauer Energie. Das sind Emissionen, die im Ausland für die Herstellung unserer Importprodukte anfallen.

2018 hatte die Schweiz einen Pro-Kopf-Ausstoss von 5,4 Tonnen CO₂. Wird der Ausstoss durch die importierten Güter dazugerechnet, ist er mehr als doppelt so hoch – 2015 kam man so bereits auf 14 Tonnen CO₂ pro Einwohnerin und Einwohner. Damit liegt der CO₂-Fussabdruck der Schweiz deutlich über dem weltweiten Durchschnitt, der 6 Tonnen CO₂ pro Kopf beträgt.



Eine Schweizerin, ein Schweizer kauft pro Jahr durchschnittlich 60 Kleidungsstücke. Zu deren Herstellung werden 1800 kg CO₂ benötigt. Zum Vergleich: In Afrika wird pro Kopf 16-mal weniger konsumiert. Das bedeutet 16-mal weniger Ausstoss von CO₂.



Während in Madagaskar Käufe von Smartphones pro Kopf 26 Kilo CO₂-Ausstoss verursachen, sind es in der Schweiz pro Kopf 102 Kilo CO₂. Das ist das Vierfache.

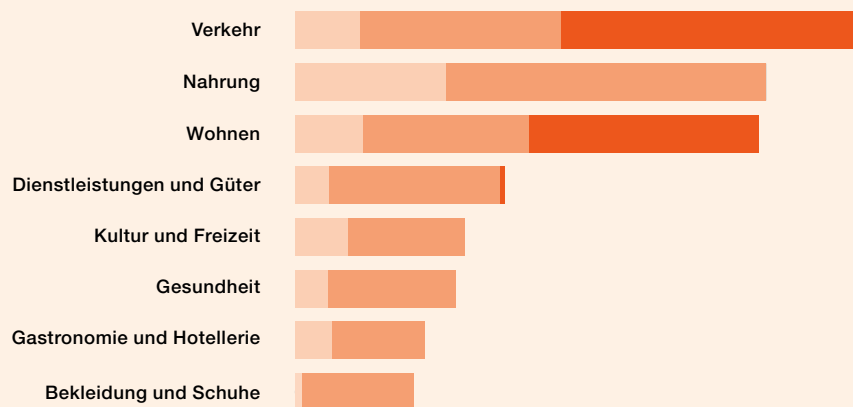


Die KlimaGespräche unterstützen Individuen in ihrem Engagement gegen den Klimawandel. Werden die aufgezeigten Massnahmen befolgt, kann der jährliche Pro-Kopf-Ausstoss von 14 auf 7 Tonnen CO₂ reduziert werden. Informationen unter: www.sehen-und-handeln.ch/klimagespraech

Haushalte

CO₂-Fussabdruck nach Bereichen

- Ausstoss direkt durch Haushalte verursacht
- Ausstoss verursacht durch Importe
- Ausstoss verursacht durch die Wirtschaft im Inland





Ein weiterer Wirbelsturm ist über die Philippinen gefegt und hat sein Haus dem Erdboden gleichgemacht.

Netto-Null bis spätestens 2040

Die reiche Schweiz kann und muss ihre Treibhausgasemissionen rasch und sozialverträglich reduzieren, sagt Klimaspezialist Stefan Salzmann.

Wo steht die Schweiz derzeit in Bezug auf das Pariser Klimaabkommen?

Im Moment stehen wir diesbezüglich in einer Warteposition, da das neue CO₂-Gesetz noch einem Referendum unterstellt ist. Dieses Gesetz, das im Herbst 2020 vom Parlament verabschiedet wurde, verlangt für die Schweiz eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um mindestens 50 Prozent. 37,5 Prozent der Einsparungen müssten im Inland erfolgen, der Rest kann im Ausland kompensiert werden. Langfristig soll die Schweiz ab 2050 nicht mehr Treibhausgase in die Atmosphäre ausstossen, als durch natürliche und technische Speicher wieder aufgenommen werden.

Nach aktuellem Kenntnisstand der Wissenschaft reichen diese Klimaziele nicht, um die im Pariser Abkommen angestrebte Beschränkung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Die Folgen sind ungewiss – irreversible Schäden wie zum Beispiel das Absterben von Korallen werden eintreten. Die wohlhabende Schweiz verfügt über die notwendigen Mittel und trägt gemäss Pariser Abkommen mehr Verantwortung als andere Länder. Sie muss deshalb schneller reduzieren und vorangehen.

Wie lauten demnach die Forderungen der Klima-Allianz Schweiz?

Die Klima-Allianz Schweiz, in der rund hundert Organisationen, darunter auch *Brot für alle* und *Fastenopfer*, zusammengeschlossen sind, fordert bis 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen im Inland um 60 Prozent gegenüber 1990. Die Klima-Allianz hat dafür einen Klimamasterplan für die Schweiz ausgearbeitet, der die notwendigen Massnahmen auflistet und zeigt, dass diese umsetzbar sind. Wenn man auf diesem Pfad weiterdenkt, erreichen wir um das Jahr 2040 das Ziel Netto-Null.

Was bedeutet das genau?

Netto-Null heisst, unter dem Strich werden nicht mehr Treibhausgas-Emissionen ausgestossen, als durch sogenannte Senken wieder kompensiert werden können. In der Schweiz nimmt zum Beispiel die Waldfläche zu, dadurch wird CO₂ gebunden. Das kann als negative Emissionen angerechnet werden, was weiterhin einen minimalen Ausstoss an Treibhausgasen erlauben würde. Es gibt allerdings Modellrechnungen, die implizieren, dass man in Zukunft CO₂ aus der Luft saugen und im Boden binden kann. Solche künftigen Technologien werden kaum je in grossem Stil zum Einsatz kommen und sollten genauso wenig in die Netto-Null-Rechnung einbezogen werden wie die Kompensation von Treibhausgasemissionen durch die Finanzierung von Aufforstungen im Ausland. Dies, weil langfristig alle Länder weltweit das Klimaziel Netto-Null erreichen müssen und ergo nichts mehr verkaufen können. Das heisst: Wir können unsere Hausaufgaben nicht exportieren – wir müssen das Klimaziel Netto-Null im Inland erreichen, ganz ohne im Ausland erkaufte Senken. Wenn dies bereits vor 2040 gelingt, umso besser; Je länger man mit der Umsetzung wartet, desto teurer wird es. >

Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ist die zentrale Forderung der Klimapolitik – gleichzeitig muss dieser Ausstieg auch sozialverträglich sein ...

Diese Zielsetzung ist eine wichtige Motivation für das klimapolitische Engagement von *Fastenopfer* und *Brot für alle*. Die sozialen Aspekte sind Teil des angestrebten Wandels und müssen mitgedacht werden. Der Begriff Klimagerechtigkeit steht für unsere Forderung nach einer sozialgerechten Umsetzung der Klimapolitik. Diese hat eine zeitliche wie eine internationale Komponente: Es geht darum, den Planeten sowohl für künftige Generationen wie für Menschen in Regionen, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen sind, zu schützen. Für uns steht Gerechtigkeit, vor allem gegenüber den Menschen im globalen Süden, im Zentrum. Das führt unweigerlich dazu, dass wir über unseren Energiekonsum respektive über unseren ökologischen Fussabdruck nachdenken müssen. Dies, weil eine gerechte Klimapolitik nicht davon ausgehen kann, dass die ganze Welt so viel Energie verbraucht, wie wir das gegenwärtig in reichen Ländern tun.

Das heisst, wir müssen auf Dinge verzichten?

Ich glaube tatsächlich, dass es ohne Verzicht nicht geht. Das muss aber nicht unbedingt negativ konnotiert sein. Der Verzicht auf eine Flugreise heisst nicht, dass ich daheim in meiner Stube hocken bleibe. Corona hat gezeigt: Plötzlich machen alle Ferien in der Schweiz – und finden es schön. Man arbeitet im Home-Office, der Velohändler erzielt Rekordumsätze. In diese Richtung muss man denken und auch die Potenziale eines solchen Wandels erkennen. Die Schweiz als reiches Land und wir als Individuen mit einem grossen Fussabdruck tragen hier eine Verantwortung.

Weshalb müssen ausgerechnet wir die Verantwortung für die Folgen des Klimawandels am anderen Ende der Welt übernehmen?

Weil unser Fussabdruck um ein Vielfaches höher ist als jener der Mehrheit der Menschen, die bereits akut vom Klimawandel betroffen sind. Zudem gibt es eine historische Dimension der Verantwortung: Unser heutiger Wohlstand in der Schweiz basiert unter anderem auf der Industrialisierung und der Nutzung fossiler Energien. Das heisst, wir haben über die letzten hundert Jahre riesige Mengen von Treibhausgasemissionen verursacht. Das bringt uns in die Verantwortung, jetzt auch schneller zu reduzieren als andere, die weniger zur Klimaerwärmung beigetragen haben.

Wie können wir die notwendige Beschleunigung bei der Treibhausgasreduktion erreichen?

In den letzten zwei Jahren hat die Klimajugend den Anliegen der Klimabewegung in der Schweiz enormen Rückenwind verschafft. Wir müssen uns nicht mehr ständig darum bemühen, Verschlechterungen abzuwehren, man kann in der Klimapolitik auch wieder gestalten, die Erfolgchancen sind gestiegen. Das verbesserte CO₂-Gesetz ist ein erster Schritt, wir brauchen aber weitere Schritte. Das können wir schaffen, indem wir die Potenziale einer klimafreundlichen Entwicklung aufzeigen. Zur Sensibilisierung tragen aber auch besorgniserregende Ereignisse wie Hitzesommer, ausbleibender Schnee oder zunehmender Steinschlag in den Bergen bei. Hierzulande führt das jedoch kaum zu existenziellen Bedrohungen. Ganz anders die Situation etwa in jenen philippinischen Küstendörfern, wo Stürme und der ansteigende Meeresspiegel die Menschen zum Wegzug in die Slums der Grossstädte zwingen. Das sind Realitäten, die sich in der Schweiz kaum jemand vorstellen kann. Hierzulande haben wir die Mittel, uns vor Unwettern zu schützen und die Folgen des Klimawandels aufzufangen. Dank der Verfügbarkeit von fossilen Energien haben wir über Jahrzehnte unseren Wohlstand aufgebaut. Umso wichtiger ist es, dass wir in der Schweiz gegenüber den vom Klimawandel bedrohten Menschen im globalen Süden unsere Verantwortung wahrnehmen und entsprechend handeln. — *Interview: Gabriela Neuhaus*



Stefan Salzmann ist Programmverantwortlicher für Energie- und Klimagerechtigkeit bei *Fastenopfer* und Co-Präsident der Klima-Allianz Schweiz. Von 2010 bis 2012 arbeitete der Geograf und Volkswirtschaftler für ein Energieprojekt im Pamirgebirge in Tadschikistan. Heute lebt er mit seiner Familie in Hinteregg, seine Freizeit verbringt er am liebsten in den Bergen.

Forderungen zur Klimagerechtigkeit

Die Ökumenische Kampagne fordert Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie alle Menschen dazu auf, ihren Beitrag gegen die Klimaerwärmung zu leisten.

Politik

Um das Pariser Abkommen zu erfüllen, muss die Schweiz das CO₂-Gesetz umsetzen und darüber hinaus zusätzlich im Inland Netto-Null bis 2040 als Klimaziel anpeilen sowie im nationalen Recht verankern. Die dafür notwendigen Technologien und Konzepte sind vorhanden, entscheidend ist der politische Wille. Die Politik setzt Rahmenbedingungen für die Entwicklung erneuerbarer Energien und nachhaltiger Lebensformen. – Dafür braucht es einen Paradigmenwechsel, weg von einseitiger Gewinnmaximierung hin zu einer Politik, die Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt sowie Sozial- und Umweltfaktoren gleich stark gewichtet.

Wirtschaft

Die Wirtschaft muss sich am Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit orientieren. Gewinne auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten sind zu unterbinden, dafür braucht es entsprechende politisch gesetzte Rahmenbedingungen. Wirtschaftliche Akteure übernehmen dadurch eine gestaltende Rolle. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss ohne Auslagerung negativer Auswirkungen erfolgen. Der Import von grauer Energie sowie die Verlagerung von treibhausgasintensiven Produktionsschritten ins Ausland sind zu vermeiden.

Finanzplatz

Die vom Finanzplatz Schweiz gesteuerten Emissionen sind 22 Mal so hoch wie die in der Schweiz ausgestossenen Treibhausgase, welche 46,4 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr betragen. Der Ausstieg aus Unternehmen, die fossile Energien fördern, verarbeiten und/oder han-



die Kirchgemeinden dabei helfen, ihre Umweltleistungen zu verbessern. Dazu gehören auch die Sanierung von Immobilien, eine Regelung für nachhaltige Beschaffung sowie nachhaltiges Investment. Kirchen sollen beispielhaft vorangehen und bis 2040 klimaneutral werden.

Gesellschaft

Ressourcenschonendes Verhalten wie etwa Sharing Economy oder neue Modelle des Zusammenlebens sind zukunftsweisend und entsprechend zu fördern. Es gibt bereits soziale Experimente, die Räume bieten, wo neue Lebensformen gelebt und Wege aufgezeigt werden, wie mit weniger materiellem Besitz mehr Lebensqualität generiert werden kann. Gerechtigkeitsaspekte – sowohl zeitlich wie geografisch – werden dabei mitgedacht und gelebt.

Individuum

Mobilität, Wohnen, Konsum und Ernährung sind zentrale Faktoren, wenn es um den ökologischen Fussabdruck geht. Jede und jeder Einzelne kann täglich Entscheidungen zugunsten eines nachhaltigeren Umgangs mit Ressourcen treffen – selbst Einkaufen ist eine politische Handlung. Individuelle Beiträge zu mehr Klimagerechtigkeit beginnen mit Entscheidungen betreffend den beanspruchten Wohnraum, die Raumtemperatur sowie mit der Veränderung von Ernährungsgewohnheiten oder Mobilitätsverhalten. Mit der längeren Nutzung von Gütern, deren Herstellung viel graue Energie beansprucht, oder dem Teilen etwa von Fahrzeugen können Treibhausgasemissionen in erheblichem Ausmass reduziert werden.

deln – das sogenannte Desinvestment – ist ein wichtiger klimapolitischer Hebel. Die Nationalbank hat eine Vorbildfunktion und soll deshalb vorangehen, indem sie alle ihre Anteile an entsprechenden Unternehmen abstösst.

Kirche

Zu den Aufgaben der Kirche gehört es, sich stark für die Armen einzusetzen. Sie fördert soziale Gerechtigkeit, grenzt keine Menschen aus, setzt sich ausdrücklich für Menschenrechte ein und äussert sich prophetisch.

Es braucht zudem ein Bekenntnis der Kirche, dass sie sich mithilfe ihrer Strukturen für die Klimaziele einsetzt. Das heisst: Sie schafft auch Systeme wie etwa den «Grünen Güggel»,

Die Natur ist wie eine Familie

Im Südwesten von Kolumbien, wo sich Guerilla und Paramilitärs bekämpfen, schenkt ein Projekt den Menschen dennoch Hoffnung.



Vater Ruben Darío López mit seiner Frau Yurisbi Mariana Gutierrez und den Kindern Yeison, Tatiana und Brigitte López.

«Eines Tages kam Don Alirio vom *Fastenopfer*-Projektpartner Atucsara zu uns ins Dorf. Er hatte verschiedene Säcke bei sich. Die schüttete er auf dem Dorfplatz aus und bat uns, den Abfall getrennt in die dafür mitgebrachten Stationen zu sortieren. Denn mit jedem Stück Papier, das weggeworfen wird, wird die Umwelt verschmutzt», erzählt der 10-jährige Yeison Darío López Gutierrez. Seit der Begegnung mit Don Alirio trennt er zusammen mit seiner Familie den Abfall. Der Vater Rúben Darío Lopez ergänzt: «Das Trennen von Abfall ist Teil des Schulgartenprojekts, und das ist eine sehr gute Sache. Denn die Kinder lernen, sich um die Umwelt zu kümmern; sie lernen, was Landwirtschaft ist, wie man sät, Pflanzen pflegt, und es

hilft ihnen, stärker zu werden, um bessere Schülerinnen, Schüler und bessere Menschen zu werden.» Im Garten von Rúben Darío Lopez wachsen Kaffee-, Orangen-, Guaven- und einige Chontaduroebäume (Pfersichpalmen). Auch Tomaten und Koriander gedeihen gut.

Gemeinschaften nachhaltig stärken

Atucsara bedeutet in der Inga-Sprache «Mais im Überfluss». Und genau das möchten die Projektverantwortlichen der *Fastenopfer*-Partnerorganisation erreichen. In der Region Cauca, im Südwesten von Kolumbien, wo Yeison mit seiner Familie lebt, gibt es grosse Armut und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Paramilitärs. Leidtragende dieser

Konflikte sind die Menschen in der Region Cauca. Rúben Darío Lopez sagt dazu: «Wenn es keine Gewalt gibt, wohne ich sehr gerne hier.» Dazu trägt auch die Arbeit von Atucsara bei. Mit der Vermittlung von agrarökologischen Techniken können Familien ihre Ernährungssouveränität sichern, denn diese bringen bessere Erträge und können die Folgen der Klimaerwärmung etwas abfedern. Die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ist ein weiteres Anliegen, das in Workshops mit allen Familienmitgliedern gemeinsam erarbeitet wird.

Doch auch in Rio Sucio ist die Corona-Pandemie eine grosse Herausforderung. Es ist nicht die Angst vor Ansteckung, die ihnen die grösste Sorge bereitet. «Wir sind sehr eingeschränkt, dürfen nirgends hin und ich warte darauf, endlich wieder hinausgehen zu können, damit ich Samen kaufen kann, um mehr Gemüse und Früchte anzusäen», sagt der Vater von zwei Töchtern und einem Sohn. Der Garten ist wichtig für die ganze Familie. Als Dünger wird Kaninchenmist verwendet, aus den Küchenabfällen machen die Würmer Komposterde. So können gesunde Lebensmittel in einem gesunden Boden heranwachsen.

Denn Böden sind nicht nur wichtig für die Lebensmittelproduktion. Sie filtern Regenwasser und schaffen so neues, sauberes Trinkwasser. Sie regulieren auch das Klima, sind sie doch nach den Ozeanen der grösste Kohlenstoffspeicher der Erde. Böden speichern mehr CO₂ als alle Wälder der Welt gemeinsam. Und Yeison bringt es auf den Punkt: «Wir müssen uns um die Natur und um die Tiere kümmern. Denn die Umwelt ist wie eine Familie – und um die muss man sich kümmern.» — *Colette Kalt*



Ihre Spende hilft uns, mit den Familien in Kolumbien für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen.
PC 60-19191-7

Schützende Mangroven

Der Klimawandel bedroht Indonesiens Inseln. Walhi, eine Partnerorganisation von *Brot für alle*, entwickelt Strategien zur Anpassung an die veränderten Bedingungen.

Zwei Stunden nur dauert die Überfahrt von der lärmigen Metropole Jakarta nach Pari. Dann tuckert die kleine Fähre in den Hafen der Insel, und man taucht ein in eine ganz andere Welt: Die kleinen Häuser der rund tausend Menschen, die hier leben, verstecken sich in Palmenhainen. Es hat keine Autos, dafür locken idyllische weiße Sandstrände und türkisfarbenes Wasser.

Noch gibt es etwas Fischerei hier. Doch die meisten Menschen auf Pari leben von den Besucherinnen und Besuchern aus Jakarta, die an Wochenenden zu Hunderten auf die Insel strömen. In praktisch allen Häusern gibt es Gästezimmer, die sandigen Wege sind gesäumt von

Restaurants und an den Stränden versorgen kleine Läden die Touristinnen und Touristen mit allem, was man halt so braucht.

Direkt am «Seesternestrand» steht das Haus von Ibu Deli. Davor hat auch sie einen Kiosk gebaut, in dem sie Snacks, Süßigkeiten und Kaffee verkauft. Reich wird man dabei nicht. Aber die 33-jährige Frau, ihr Mann Fauzi und ihre beiden Söhne können in Würde leben. Und sie lieben das beschauliche Leben auf der Insel.

Wasser im Haus

Doch die Idylle ist bedroht. Im Winter lässt der Wind das Wasser über den Meeresspiegel ansteigen. «Dann steigen die Fluten so stark an,

dass sie in unser Haus eindringen», erzählt Ibu Deli. Das sei früher nur selten passiert, aber jetzt, mit dem Klimawandel, müsse man jedes Jahr damit rechnen. 2020 wurde ihr Haus sogar zweimal überflutet und das Wasser stieg so hoch wie nie zuvor, setzte den ganzen Strand unter Wasser und erreichte selbst das etwas höher gelegene Strässchen.

Ganz ohne Gegenwehr nehmen die Menschen auf Pari den Klimawandel allerdings nicht mehr hin. Sie schützen die Küste, indem sie Mangroven pflanzen und sorgfältig pflegen. Diese sollen die Wellen brechen und die Fluten zurückhalten. Zudem pflanzen sie Bäume, um die fortschreitende Erosion des sandigen Bodens zu bremsen. Gelernt haben sie diese Schutzstrategie in einem von Walhi veranstalteten Workshop.

Anpassen und schützen

Walhi setzte dabei ein von *Brot für alle* entwickeltes Instrument ein: die partizipative Analyse von Klima- und Katastrophenrisiken (PACDR). Dabei wird die Lage zuerst zusammen mit der betroffenen Bevölkerung analysiert, danach werden Massnahmen ausgearbeitet und gemeinsam umgesetzt. Der erste Klima-Workshop in Indonesien fand im Sommer 2019 auf Pari statt, danach folgten drei weitere auf der Insel Java und einer im Südosten Indonesiens, auf den Inseln der Provinz Nusa Tenggara Timur.

Auf Pari war auch Ibu Deli dabei. Für sie ist klar: Der Workshop kam gerade zur richtigen Zeit. Auf ihrer Insel kann man den steigenden Fluten kaum ausweichen, denn der höchste Punkt liegt bloss eineinhalb Meter über Meer. Und nach Jakarta ziehen will die energische Frau auf keinen Fall: «Da landen wir bloss in den Slums. Also müssen wir uns anpassen und uns irgendwie schützen.» Sagt's und watet durch das seichte Wasser hinaus, um ihre Mangroven vom Seetang zu befreien.

— Lorenz Kummer



Pflanzen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels: Ibu Deli pflegt die Mangroven am Strand vor ihrem Haus.



Mit Ihrer Spende unterstützen Sie unser Engagement für Klimagerechtigkeit.
PC 40-984-9

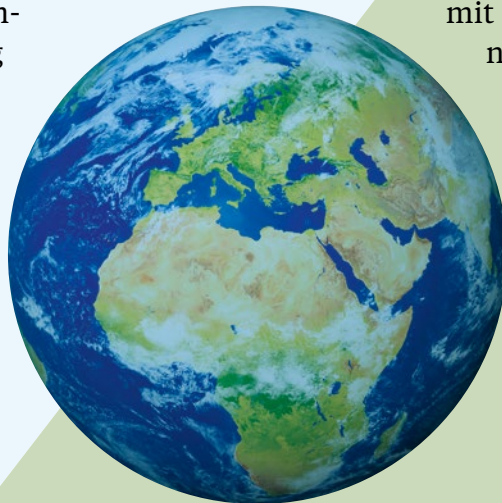
Einsatz für Klimagerechtigkeit

Im Norden: Politisches Engagement und Sensibilisierung

Die politische Hauptforderung von *Fastenopfer* und *Brot für alle* lautet: Bis 2040 Netto-Null CO₂-Ausstösse in der Schweiz. Um dieser Forderung Auftrieb zu verleihen, arbeiten sie mit Partnern zusammen und stellen die Sensibilisierung für Klimafragen während der nächsten vier Jahre ins Zentrum der Ökumenischen Kampagne.

Brot für alle und *Fastenopfer* sammeln Unterschriften für eine Petition, die den Ausstieg der Schweizerischen Nationalbank aus Investitionen in fossile Energieträger fordert.

Mit den KlimaGesprächen zielen die beiden Organisationen auf individuelle Verhaltensänderungen ab sowie auf den Aufbau eines Netzwerks von Menschen, die durch ihr Verhalten Dritte für einen klimafreundlichen Lebensstil motivieren. Bereits in den letzten Jahren haben die KlimaGespräche Fahrt aufgenommen und werden im Rahmen der Ökumenischen Kampagne 2021 weiter intensiviert und ausgebaut.



Im Süden: Aufforstung, erneuerbare Energiesysteme, Agrarökologie und Sensibilisierung

Brot für alle und *Fastenopfer* unterstützen mit ihren verschiedenen Partnerorganisationen Bäuerinnen und Bauern in zahlreichen Ländern des globalen Südens im Rahmen von Projekten zur Erreichung der Nahrungssicherheit und zum Schutz der Umwelt durch agrarökologische Anbaumethoden. Seit je züchten, nutzen und vervielfältigen Landwirtinnen und Landwirte Saatgut und tragen damit zum Schutz der Biodiversität bei.

In Haiti zum Beispiel unterstützt *Fastenopfer* ihre Partner bei der Aufforstung am Morne Auguste, um Bodenerosion zu stoppen. Mit den Bäumen kommt auch der Regen zurück, die Ernte der Bäuerinnen und Bauern fällt reicher aus.

In Kolumbien hilft ein Solarprojekt, die lokale Wertschöpfungskette zu stärken. Die Gemeinschaften sind von Anfang an in die Projektplanung einbezogen, Hand in Hand mit dem Bau der Anlagen werden lokale Technikerinnen und Techniker ausgebildet.